



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wochenschau.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

des andern, unendlich zahlreichern Theils der Interessenten aus. In seinem Abhängigkeitsverhältniß hatte der Bauer doch fast immer so viel vom Gutsherrn erhalten, daß seine rohesten Bedürfnisse nothdürftig dabei ihre Befriedigung fanden; an den Arbeitstagen erhielt er sein Essen, er durfte sein Vieh im herrschaftlichen Walde weiden, von eben da holte er sein Brennholz, meistens mußte ihm der Gutsherr sein Haus unter Dach und Fach erhalten; das Alles hört nun für ihn auf — es ist ihm ja bei Ermittlung seiner Rente zu Gute gerechnet worden, er soll nun selbstständig dastehen, von seiner Scholle oder durch freiwillige Tagelöhnerarbeit sein Brod und baares Geld zur Bezahlung seiner Rente gewinnen; er muß arbeiten lernen — auf dem Felde seines Gutsherrn hatte er das nicht gethan — und speculiren, Arbeit suchen. Das sind Forderungen, welche die moralische Kraft eines großen Theils jenes vernachlässigten und versumpften Volks übersteigen dürften. — Die Regierung hat hier die ernstlichste Aufforderung, durch Beschaffung öffentlicher Arbeiten — an Gelegenheit fehlt es nicht — durch Belebung jeder Gewerblichkeit den sonst sehr schwierigen Uebergang zum Bessern zu erleichtern — sie hat hier alte Sünden gut zu machen. Hoffentlich ist sie darauf bedacht, und nicht etwa darauf, wie auch diesem Gesetze durch nachträgliche Revision die Spitze abzubrechen sei.

W o c h e n s c h a u.

Der permanente landständische Ausschuß in Kurhessen vor dem Kriegsgerichte. Bertheidigungsschrift mit angehängten Rechtsgutachten der Juristenfacultäten zu Heidelberg und Göttingen nebst weiterer staatsrechtlicher Ausführung. Cassel, Theod. Fischer. — Ein höchst lehrreicher Beitrag für die Kenntniß und juristische Beurtheilung der empörenden Vorgänge in Hessen. — Wir entnehmen aus der Bertheidigungsschrift den kurz angegebenen Thatbestand. — „Nach der Kurhessischen Verfassungs-Urkunde vom 5. Januar 1831 §. 144 erfolgt die landständische Bewilligung des Staatsbedarfs in der Regel für die nächsten drei Jahre. Eine solche Finanzperiode ging mit dem Jahre 1848 zu Ende. Vor dessen Ablauf mußte den Landständen ein neues Finanzgesetz proponirt werden. Die Ausgaben, welche jene Zeit erforderte, waren zu sehr außerordentliche, als daß man den damaligen Bedarf zum Maßstabe eines dreijährigen Budgets glauben nehmen zu dürfen; auch die Einnahmen schienen augenblicklich zu großen Schwankungen ausgesetzt zu sein, als daß sie für drei Jahre im Voraus festgestellt werden konnten. So einigte sich die Regierung mit den Landständen über ein Finanzgesetz für 1849 als das erste Jahr der siebenten Finanzperiode. Im Laufe jenes Jahres legte die Regierung den Entwurf eines neuen Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben für 1850 und 1851 den Landständen vor. Da die Letztern zu einer Beschlußnahme am Ende des Jahres 1849 noch nicht gekommen waren, so verfügte die Regierung einst-

weilen die Erhebung der bisherigen Steuern bis zum 30. Juni 1850 auf Grund der Verfassungs-Urkunde §. 147, derzufolge die Auflagen für den ordentlichen Staatsbedarf nach Ablauf der Bewilligungszeit noch sechs Monate forterhoben werden dürfen, wenn die Zusammenkunft der Landstände durch außerordentliche Ereignisse gehindert ist, oder wenn in Hinsicht auf ein neues Finanzgesetz die Beschlußnahme der Landstände sich verzögert. Bald nachher trat ein anderes Ministerium in das Amt. Dieses hielt in dem, den Landständen vorliegenden Entwurfe des Voranschlags für 1850/51 die Einnahmen zu hoch, die Ausgaben zu niedrig veranschlagt, und begehrte von den Landständen die Ermächtigung, die Differentialsumme aus dem Capitalgrundstocke des Staates zu entnehmen, um solche zu den laufenden Ausgaben zu verwenden. Die Landstände verwarfen jedoch den Antrag, als den Gesetzen und der Verfassung widerstreitend, indem sie statt dessen, zur etwa nöthigen Berichtigung des Voranschlags, bei Feststellung des Finanzgesetzes für 1850 und 1851 schreiten zu wollen erklärten. Nun legte das Ministerium den Landständen die Berechnung eines seiner Angabe nach im Jahre 1849 entstandenen Deficits vor, und verlangte, um dieses zu decken, die landständische Zustimmung zur Aufnahme eines Anlehns. Die Stände lehnten solchen Antrag gleichfalls ab, indem sie davon ausgingen, für die Ausgleichung eines, während des ersten Jahres der siebenten Finanzperiode allenfalls entstandenen Deficits in Verbindung mit der Beschaffung des Bedarfes für die beiden andern Jahre der nämlichen Finanzperiode durch ein neues Finanzgesetz sorgen zu wollen. Darauf wurde die Ständeversammlung am 12. Juni 1850 aufgelöst, ohne daß eine neue vor Ende Juni berufen werden konnte, mit welchem Zeitpunkte die Befugniß der Regierung zur Forterhebung der Steuern aufhörte. Doch schlug das Ministerium dem nach der Auflösung gebliebenen landständischen Ausschusse vor, darenin zu willigen, daß die in den Gesetzen über die indirecten Abgaben erwähnten Beträge, zwar nicht als Steuern, aber zur Sicherstellung des Staates für den Fall einer Nachbewilligung, in den Monaten Juli und August 1850 zur Erhebung gebracht, jedoch nicht zu den Staatsausgaben verwendet, sondern bis zu eintretender landständischer Bewilligung als Depositum bei der Staatskasse bewahrt werden dürften. Nachdem hierzu der Ausschuß die angesprochene Zustimmung erteilt hatte, wurde die inmittelst gewählte Ständeversammlung im August 1850 wieder einberufen. Derselben wurde, statt eines Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben für irgend einen in die siebente Finanzperiode fallenden Zeitraum, der Entwurf eines Gesetzes wegen Forterhebung der Steuern für September 1850 vorgelegt, den die Landstände mit einigen Aenderungen annahmen. Doch blieb demselben in dieser veränderten Gestalt die Sanction der Regierung vorenthalten. Dagegen erfolgte am 2. September 1850 eine abermalige Auflösung der Ständeversammlung. Hieran knüpft sich seit dem 4. September 1850 eine Reihe von Regierungsanordnungen, welche Beschlüsse, Schreiben und Erklärungen des permanenten landständischen Ausschusses hervorriefen, die dessen Mitgliedern zum Verbrechen angerechnet wurden.“

Deutschlands Denker seit Kant. Dessau, Rag. — Einer von den vielen Versuchen, die Geschichte der neuen Philosophie zu popularisiren. Zwar wollen wir nicht den Nutzen verkennen, den für den Laien solche populäre Uebersichten haben mögen, insofern sie einzelne Notizen über das Leben und die Meinungen berühmter Männer daraus entnehmen, aber darauf beschränkt sich auch der Werth eines solchen Buches.

Eine wirkliche Würdigung dessen, was jene Männer der Wissenschaft geleistet haben, läßt sich daraus nicht entnehmen, ja nicht einmal eine klare Einsicht in das, was sie eigentlich wollten. Die Philosophie, wie sie seit dem vorigen Jahrhundert bei uns getrieben wurde, hat einmal nichts Populaires. Wenn man zu einem Verständniß derselben gelangen will, darf man den freilich umständlichen Weg einer streng wissenschaftlichen Forschung nicht umgehen.

Aus dem Harze. Skizzen und Sagen von Heinrich Pröhle. Leipzig, Menenius und Mendelssohn. — Eine kleine Reisebeschreibung mit anmuthigen Episoden und verständigen Bemerkungen, recht gut erzählt und daher zur leichten Lectüre bestens zu empfehlen. Namentlich für Diejenigen wird es von Interesse sein, welche den Harz aus eigener Anschauung kennen. —

Aus Italien. Von Ida v. Düringsfeld. Bremen, Schlotmann. — Ein anmuthiges, ungenirtes Geplauder über alle möglichen Gegenstände, mit eingestreuten kleinen Novellen, die auch hätten wegbleiben können. Wir sind gegen dieses Genre überhaupt; wenn man es aber einmal gelten läßt, so muß man auch der Verfasserin ihre Berechtigung zugestehen, sie hat wirklichen Witz und wirkliche Natur, sie spricht in der Sprache vernünftiger Menschen, obgleich etwas Schlesiſch, und nicht in der officiellen Ueberschwenglichkeit des Deutschen Styls. Dieses und ähnliche Bücher der vielschreibenden Verfasserin rangiren ganz gut mit Heine's und Laube's Reisebildern, die freilich den Vorzug der Priorität haben. Wenn die Verfasserin tragisch werden will, was ihr zuweilen begegnet, so wird sie langweilig; wo sie aber ihre gute Laune beibehält und sich nicht gar zu sehr im Negligé producirt, ist sie allerliebſt.

Zwei Monate in Paris. Von Adolph Stahr. Zwei Bände. Oldenburg, Schulze. — Es ist mit den Touristen in Paris und Italien eine eigne Sache. Die Stoffe sind so häufig bearbeitet, daß eine nähere Beschreibung kaum verlangt wird, und daß man sich fast überall auf die Entwicklung neuer Empfindungen bei Gelegenheit der altbekannten Gegenstände beschränkt. Wir haben über den Groveplatz, über den Kirchhof Père la Chaise und ähnliche Gegenstände bereits so viel lyrische Rhapsodien genossen, daß auch ein geistvoller Mann, wie Stahr, uns durch neue Variationen kein großes Interesse abgewinnen kann. Dagegen enthält das Büchlein mehrere Neuigkeiten, namentlich in Beziehung auf das literarische Leben von Paris, für die wir ihm Dank wissen, unter Andern die Schilderung einer Bearbeitung des Goetheschen Faust durch Herrn Michel Carré, die allerdings eben so verkehrt als charakteristisch für die Französische Auffassung sein muß. Die überschwenglich ideale Sehnsucht des Faust ist ganz ins Sinnliche herabgezogen, er sehnt sich nicht nach geheimem und unendlichem Wissen, sondern nach hübschen Mädchen. Außerdem sind die Proben, die Herr Stahr von der Sprache mittheilt, schlimm genug, so namentlich eine Uebersetzung des Königs von Thule. — Mit gebührendem Lob dagegen berichtet Herr Stahr von der Uebersetzung des Schiller'schen Tell durch Herrn François Sabatier, von der wir nächstens einige Proben mitzutheilen gedenken. Wir erfahren beiläufig, daß dieser geistreiche Mann Fourierist ist. — Interessant ist die Schilderung eines Besuchs bei Heine, der keineswegs, wie man eine Weile in Deutschland behauptete, fromm geworden ist, sondern der nur von Zeit zu Zeit, wie auch in frühern Tagen, unter andern phantastischen An-

wandlungen für die poetischen Seiten des Christenthums schwärmt. — Unter den andern literarischen Besuchen, die Herr Stahr in Paris gemacht hat, hat für uns das Gespräch mit Cousin das meiste Interesse. Der alte Herr klagt sehr über den bösen Einfluß der atheïstischen Deutsch-Französischen Philosophie, aber man thut ihm doch Unrecht, wenn man annimmt, er sei darum von seinem alten Princip des freien Denkens abgefallen. Er hat noch kürzlich durch einzelne vortreffliche Abhandlungen gezeigt, daß er der Reaction noch eben so entschieden entgegenzutreten weiß, als früher. — Eine fernere Notiz, die wir dem Buch entnehmen, ist das baldige Erscheinen eines Werks von Szarwady: „Paris und die Pariser“. —

London im Jahre 1851. Ein praktisches Handbuch für Reisende nach England. Leipzig, Lorch. — Dieses sehr zweckmäßige und brauchbare Handbuch, welches wir bereits früher angeführt haben, ist so eben in zweiter Auflage erschienen und nicht unbedeutend verbessert und vermehrt. — In demselben Verlage ist ein ähnliches Handbuch für Reisende nach Dänemark erschienen: Kopenhagen und seine Umgebungen, welches außer den localen Notizen zur Orientirung des Fremden auch einige brauchbare Bemerkungen über die Dänische Geschichte, Verfassung und Literatur enthält. — Bei dieser Gelegenheit müssen wir noch auf das Verdienst der bei Weber in Leipzig erscheinenden Illustrierten Zeitung aufmerksam machen, welche für die Periode der Londoner Industrie-Ausstellung ihr ohnehin sehr ansehnliches Volumen durch eine Beilage vermehrt, welche fortlaufende Berichte über die einzelnen Merkwürdigkeiten dieses großen Völkercongresses mittheilt, auf authentische Quellen gestützt und übersichtlich geordnet. Zwar scheinen in diesem Bericht im Ganzen die Luxusgegenstände etwas mehr begünstigt zu sein, aber auch für die eigentlich nützliche Industrie findet sich ein reichhaltiges Material.

Eine neue Komödie von Bulwer. Die Komödie heißt: „Nicht so schlimm, als wir scheinen“, oder: „Jeder Charakter hat seine verschiedenen Seiten“. Sie ist für eine Privataufführung geschrieben, und hat nach den Berichten der Englischen Journalisten wenigstens das Verdienst, geschickten Darstellern Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Talente zu geben. — Wir führen bei der Gelegenheit die so eben erschienenen Gedichte und Versuche von Hartley Coleridge an, - dem Sohne des berühmten Dichters, der 1796 geboren und 1849 gestorben ist, und dessen poetische und prosaische Werke sich ziemlich genau an die Manier seines Vaters anschließen.

Die Fortschritte der Reaction. Die Preussische Regierung scheint mehr und mehr von der Kreuzzeitungspartei absorbiert zu werden, trotz der einzelnen kleinen Chancen, die sie sich gegenseitig in den Weg legen. Zwar hat man die Betstunden der Irvingianer, von denen Hr. v. Radowig uns erzählt, daß sie es auf eine höhere Einheit der katholischen und der orthodox-protestantischen Kirche abgesehen haben, gestört, und Herr Wagner wird sein Amt eines Vice-Engels im Verborgenen ausüben müssen; dafür erlassen die kirchlichen Behörden, unter dem Vortritt des Hr. v. Naumer, eine Verordnung über die andere, um allen Abtrünnigen von der Landeskirche, denen noch das bekannte Edict vom J. 1847 Religionsfreiheit verhieß, nicht allein die Ausübung der bürgerlichen Rechte in einem Grade zu entziehen, daß sie weder eine rechtsgültige Ehe eingehen, noch ein gerichtlich glaubhaftes Zeugniß ablegen können, sondern man erforscht

auch bei einem etwaigen Rücktritt ihre Gewissen, und legt ihnen Pönitenzen auf, um sie zu prüfen und zur Buße zu führen, bevor sie in den Schooß der christlichen Gemeinschaft wieder aufgenommen werden dürfen. Im Vergleich mit dieser Haltung des geistlichen Ministeriums erscheint die damals so verrufene Eichhorn'sche Verwaltung als ultra-liberal. — Fast eben so ernsthaft sind die neuen Ergänzungen der Regierung. Bis jetzt hatte doch nur die alte Bureaukratie sich bemüht, die liberalen Eindringlinge zu entfernen; jetzt scheint aber die Gesinnung allein maßgebend zu sein; man schiebt die bestigsten Klopffechter der Partei, wie unbedeutend auch ihre bisherige Stellung gewesen sein möge, in die höchsten Posten ein — die Bismark, die Kleist, die Manteuffel II. Unse Freunde, die mit einem „Bruch mit der Reaction“ eben so rasch fertig waren, als Herr v. Manteuffel mit seinem „Bruch mit der Revolution“, werden nachgerade einsehen, daß es nicht gleichgiltig ist, wenn alle wichtigen Stellen der kirchlichen und politischen Verwaltung den Ultras in die Hände fallen. Wenn dann die Krisis eintritt, ist Alles demoralisirt. Am Unerhörtesten ist die projectirte Ernennung des Hr. v. Kleist-Nezow zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Der Pommersche Landrath, der schon im Anfang des J. 1849 die westlichen Provinzen mit einem Einfall der Pommerschen Bauern bedrohte, ein eifriger Beschützer jener Zeitung, die den Rheinländern die tröstliche Aussicht stellte, als Heloten behandelt zu werden, wird das Organ der Regierung in einer Provinz, die noch erst für das Preussische Interesse gewonnen werden soll! Sind wir denn wirklich schon so weit, wie die Oestreicher in Ungarn, daß große Landestheile als eroberte Provinzen betrachtet werden? Da dürften denn doch die Kräfte des Preussischen Staats nicht ausreichen! — Darum scheint man den Anschluß an Oestreich, oder vielmehr die Abhängigkeit vom Fürsten Schwarzenberg immer weiter zu treiben. Immer neue Slavaken und Lombarden werden nach dem Norden Deutschlands geführt, und im höflichen Zuorkommen überbietet das Preussische Cabinet in Frankfurt seinen mächtigen Nebenbuhler, die Demagogerie des J. 1849, die Ueberwachung der Presse und der ständischen Versammlung zu der alten Blüthe zu bringen. Schritte, wie die des Kurfürsten von Hessen, der mit einer, früher nur dem Papst zugeschriebenen Vollmacht von Eiden entbindet, eine längst bestehende Verfassung willkürlich aufhebt u. s. w., werden nicht allein geduldet, sondern sie geschehen unter dem Schutz des Preussischen Bevollmächtigten.

Das Alles — und man könnte noch mehr, und eben so Schlimmes aufzählen, ist unbestreitbar, und doch bestreiten wir noch den Pessimismus? doch sträuben wir uns gegen ein Aufgehen in die Demokratie! — Allerdings; man möge uns gestatten, auf diese Cardinalfrage unsrer jetzigen Politik noch einmal ausführlicher zurückzukommen.

† †

Verantw. Red. **J. W. Grunow**. — Mitredact.: **G. Freitag** und **Julian Schmidt**.
Druck von **C. E. Albert**.

Am 1. Juli hat das **II. Semester** des **X. Jahrgangs** der **Grenzboten** begonnen, auf das alle Buchhandlungen und Postämter Bestellungen annehmen. Die **Verlagshandlung**.